

§ 97 des Baugesetzes bis zu einer Entfernung von 2,50 Meter von der im Plane ersichtlichen Straßenfluchtlinie gestattet werden. Die Bestimmung in § 3 Absatz 6 wird hierdurch nicht berührt.

Wohnungen in Untergeschossen oder Kellern und in Hinter- und Nebengebäuden sind unzulässig.

Die Dachwohnungen müssen den Vorschriften des § 30 der Ausführungsverordnung zum Allgemeinen Baugesetze entsprechen.

In jedes Wohnhaus dürfen nicht mehr als zwei Dachwohnungen eingebaut werden. Bei mehr als 10 Meter Stimmhöhe sind Dachwohnungen überhaupt nicht zulässig.

Auch zur Errichtung der in § 33 unter a der Ausführungsverordnung zum Allgemeinen Baugesetze bezeichneten Baulichkeiten bedarf es der vorherigen Genehmigung des Rates.

Für die Herstellung von Fußwegen auf der Nordstraße sind die jeweilig für betreffende Anlagen gültigen Ortsgefesvorschriften maßgebend.

Bei Herstellung vorschriftsmäßiger Fußwege längs der Nordstraße sind die Grundstücks-einfriedigungen an der Straße, soweit sie nicht bereits in Zäunen aus gehobelten Latten und Riegeln mit Sockelmauer bestehen, von dem Grundstückseigentümer mindestens durch solche, oder aber durch andere ansehnliche Einfriedigungen nach vorheriger stadtärztlicher Genehmigung der beabsichtigten Einfriedigungsart zu ersetzen.

Nach außen hin sichtbare Grenzeinfriedigungen zwischen Grundstücken sind in ansehnlicher Weise nach vorher eingeholender Vorschrift des Stadtrates herzustellen.

Die im Bereiche des Anschlusses der Nordstraße an die Eibenstock-Gundshäbler-Staatsstraße (Muldendorferstraße) vorhandene Schleiße ist, wenn die Grabenwässer nicht der Hauptschleiße in der Nordstraße zugeführt werden, um das Maß der Verbreiterung dieser Straße zu verlängern und mit der Verlängerung von der Stadt zu reinigen und zu unterhalten.

Ferner ist das in den Bereich des Straßenschlusses mit dessen Rahmen fallende unversehrte Banket 30 cm tief auszuheben, 20 cm hoch mit Packlager auszufüllen und 10 cm hoch mit widerstandsfähigem Klarschlag zu befestigen, unter Annähen zu rammen und mit Sand zu decken.

Die bebauten Grundstücke und, wo die Art der Benutzung des Grundstücks es nötig macht, auch die unbebauten Grundstücke an der Nordstraße sind auf Kosten ihrer Eigentümer an die Hauptschleiße dieser Straße mittelst einer Deimschleiße anzuschließen.

Die in § 9 erwähnten Deimschleusen sind den vom Königlichen Ministerium des Innern bearbeiteten Normativvorschriften für die Herstellung von Haus- und Grundstücksentwässerungen entsprechend auszuführen.

Die Kosten der von der Stadt ausgeführten Hausanlässe sind 4 Wochen nach Zustellung der Rechnung an die Stadtkasse zu bezahlen. Dieselben werden nach Befinden im Wege des Zwangsverwaltungsverfahrens wie rückständige Abgaben beigetrieben.

Unter allen Umständen ist es unstatthaft, in die Schleiße Jauhe oder Abtrittsabgänge zu leiten oder zu gießen oder die Abortanlagen überhaupt mit der Schleiße in Verbindung zu setzen.

Die Leistung und Zahlung der sich aus den Vorschriften des § 3 Absatz 1—3 sowie der §§ 9 und 10 sich ergebenden Straßenbau- und Schleißenanschlußbeiträge, sowie der Herstellungskosten der Deimschleusen kann auf Antrag der betreffenden Grundstückseigentümer auf

Grund des Gesetzes vom 1. Juni 1872 durch die Königliche Landeskulturzentrentbank ganz oder teilweise vermittelt und übernommen werden.

Der Stadtrat ist ermächtigt, die in § 2 unter c dieses Gesetzes vorgesehene Erklärung für die Gemeinde abzugeben.

Diese Bauvorschriften treten nach Genehmigung durch das Königliche Ministerium des Innern sofort mit ihrer Bekanntmachung in Kraft. Eibenstock, den 8. Oktober 1906.

Der Rat der Stadt.

(L. S.) Hesse, Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

(L. S.) G. Diersch, 1. Vizepräsident.

Nr. 523 b. II K 1906.

Vorstehende Bauvorschriften für die Nordstraße in Eibenstock werden genehmigt. Hierüber wird diese

Urkunde

Dresden, am 10. Januar 1907.

Ministerium des Innern.

(L. S.) Genehmigungsurkunde.

Sohenthal.

Benndorf.

Holzversteigerung. Sosaer Staatsforstrevier.

Im „Natskeller“ in Aue

Wittwoch, den 20. Februar 1907, von vorm. 9 Uhr an

3309 ficht. Stämme von 11—22 cm Mittenstärke, 20649 „ „ „ 7—15 „ Oberstärke, 2842 „ „ „ 16—41 „ „

und im Gasthof „zur Sonne“ in Sosa

Donnerstag, den 21. Februar 1907, von vorm. 9 Uhr an

Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Hölzer werden, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen von dem unterzeichneten Forstrentamt abgegeben. Sosa und Eibenstock, am 12. Februar 1907.

Kgl. Forstrevierverwaltung.

Kgl. Forstrentamt.

Königliche Baugewerkschule zu Plauen i. V.

Beginn des Sommerhalbjahres am 8. April 1907.

Anmeldungen bis zum 15. März. Durch die Neuerrichtung der Sommerkurse ist zur Zeit den Schülern anderer, nicht staatlicher Baugewerkschulen Gelegenheit zum Uebertreten in die entsprechenden Kurse einer staatlichen Baugewerkschule geboten. Im vierten Kurse finden Vorträge über die neuen Eisenbetonkonstruktionen und deren statische Berechnung statt, an denen auch schon abgegangene Schüler der hiesigen und anderer Baugewerkschulen teilnehmen können. Plauen i. V., am 15. Februar 1907.

Die Direktion. Prof. Albert.

Keine falsche Sicherheit!

Das Ergebnis der Reichstagswahlen gibt zweifellos zu lebhaftester Befriedigung Anlaß, und wir wären Loren, wollten wir uns die Freude hierüber irgendwie durch ängstliche Zweifel und nörgelnde Kritik vergällen. Der starke Mandatsverlust der Sozialdemokratie bildet keineswegs das einzige erfreuliche Moment dieser Wahlen. Auch mit ihrem Stimmenzuwachs vermag die Revolutionspartei keine Bilder herauszustecken. Seit 1881 hat sie nur Fortschritte in der Stimmenzahl zu verzeichnen gehabt, und auch die jüngst stattgehabte Reichstagswahl weist noch einen solchen auf. Dieser Stimmenzuwachs ist aber so winzig, daß er eher als Stillstand oder bei dem rein agitatorischen Charakter der Partei gar als Rückschritt zu charakterisieren ist. Die Zunahme betrug nämlich nur noch 0,4 v. H. der Wahlberechtigten, während sie beispielsweise bei den Wahlen des Jahres 1890 6,2 v. H. und bei den nächstvorhergegangenen Wahlen des Jahres 1903 5,4 v. H. der Wahlberechtigten betragen hatte.

Dazu kommen sodann die günstigen Wirkungen des Wahlerfolges im Auslande und für die künftige Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse. Das uns übelwollende Ausland sieht sich in seinen Spekulationen auf die steigende Macht der internationalen Sozialdemokratie im deutschen Volks- und Staatsleben arg enttäuscht. Der Regierung ferner steht für ihre nationalen Zwecke und Forderungen künftig eine Majorität zur Verfügung; die Mehrheit vom 13. Debr. vorigen Jahres hat sich in eine Minderheit verwandelt. Endlich aber darf von der Niederlage der Sozialdemokratie auch eine weitere Schwächung dieser Partei erwartet werden; denn die Revolutionspartei lebt zum guten Teile von dem suggestiven Einflusse ihrer bisherigen Erfolge. Verfaßt die Suggestion infolge starker Mißerfolge, so mindert sich die Zahl der sozialdemokratischen Anhänger. Schon jetzt läßt sich dies an dem Beispiel des ersten Berliner Wahlkreises in drastischer Weise dartun. Hier ist, zweifelsohne infolge der Niederlage der Sozialdemokratie am 25. Januar, bei der Stichwahl die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gegenüber der Hauptwahl erheblich zurückgegangen.

Und trotz alledem erscheint es uns als nationale Pflicht, mitten in dem berechtigten Freudenjubiläum unser Volk vor falscher Sicherheit zu warnen. Man täusche sich nicht: die Sozialdemokratie bildet nach wie vor eine gewaltige, gar nicht ernst genug zu nehmende Gefahr für unser Vaterland. Noch haben 3 1/2 Millionen Wähler sich zu der roten Fahne, d. h. zu der Idee des Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bekannt. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie in demselben Maße, in dem sie Mandate verloren, aller Voraussicht nach an revolutionärer Stofkraft gewonnen hat. Die Mitläufer haben das sozialdemokratische Lager wieder verlassen, und was übrig geblieben ist, das ist die Masse zielbewußter, entschlossener, durch und durch revolutionär gefonnener Anhänger. Das rote Gespenst erhebt also auch in Zukunft drohend das Haupt.

Darum — wir wiederholen es mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit —: nur keine falsche Sicherheit! Öffnen wir der Siegesfreude ihren berechtigten Raum, aber wehren wir uns mit aller Macht gegen die er-mattenden, einlullenden und einschläfernden Wirkungen, die der Siegestaumel nur zu leicht haben kann. Glauben wir nicht, daß, weil vor der Nacht des nationalen Gedankens der revolutionäre Meeressand diesmal in den Staub gesunken ist, wir nunmehr für alle Zukunft mit der Sozialdemokratie spielend fertig werden könnten. Nehmen wir die diesmaligen Wahlsiege vielmehr zum Ausgangspunkt für eine fortgesetzte, intensiv gesteigerte nationale

Organisations- und Agitationsarbeit. Die Aufklärung über die volksvergiftende und volksverderbende Tätigkeit der Sozialdemokratie muß auch in der wahlfreien Zeit mit unermindeter Eifer ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Erst dann werden die Wahlsiege vom 25. Januar und 5. Februar zum Hebel und zur Staffeln weiterer Erfolge werden und sich als eine Quelle nachhaltigen und dauernden Segens für unseres Volkes und Vaterlandes Zukunft erweisen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Eine interessante Wahlstatistik macht die „Schlesische Zeitung“ auf. Bekanntlich suchte man einen Mißerfolg der Wahlparole der Regierung daraus herzuleiten, daß die Sozialdemokraten trotz ihres starken Rückganges an Mandaten 240 000 Stimmen mehr bekommen haben wie 1903 und das Zentrum gar 308 000 Stimmen mehr. Die Rechner haben aber vergessen, daß den 550 000 Stimmen, um die Zentrum und Sozialdemokratie zunahmen, 1 100 000 Stimmen gegenüber stehen, die der dem Reichstagsrat zur Seite stehende Block am 13. Dezember gewann. Der Block des Reichstanzlers gewann also die doppelte Anzahl Stimmen wie sein Gegner. Daß diese überhaupt mehr Stimmen erhielten wie 1903, liegt daran, daß diesmal im ganzen 1 1/2 Millionen Stimmen mehr abgegeben wurden, wie 1903. Diese setzten sich aus der Zunahme der Bevölkerung und aus der lebhafteren Teilnahme der „Nichtwähler“ zusammen. Im Verhältnis zu ihrer früheren Stimmenzahl hätten an dieser Zunahme partizipieren müssen:

die Sozialdemokraten mit	540 000 Stimmen
das Zentrum mit	350 000 „
die Nationalliberalen mit	240 000 „
die vereinigten Konservativen mit	222 000 „
die vereinigten drei freisinnigen Parteien mit	157 000 „

Wie stellen sich aber die Zahlen in Wirklichkeit? Es haben zugenommen:

die Sozialdemokraten um	240 000 Stimmen
das Zentrum um	300 000 „
die Nationalliberalen um	340 000 „
die Konservativen um	332 000 „
die Freisinnigen um	348 000 „

Während also Nationalliberale und Freisinn etwa 300 000 Stimmen noch über die 400 000 Stimmen hinaus, die ihnen von dem Stimmengewinnungsmäßig zustanden, gewonnen und die Konservativen auch noch 10 000 Stimmen, büßten Sozialdemokratie und Zentrum, die erstere 300 000, das letztere 50 000 Stimmen vor dem ihnen rechnerisch bei gleichmäßigem Anwachsen aller Parteien zustehenden Anteil ein.

— In einem Artikel „Nach der Schlacht“ führt die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie aus: Das Errungene zu bewahren, zu pflegen, zu erhalten, ist oft viel schwieriger, als es zu gewinnen. Der Reichsverband wird auf dem Posten sein. Nur eine kurze Erholung nach schweren Wähen, dann wird er seine Truppen von neuem sammeln, die Arbeit sofort aufnehmen, die Aufgaben, die er sich von vornherein gestellt, erheblich erweitern und vertiefen. In Zukunft wird es nötig sein, nicht nur diejenigen Wahlkreise nachhaltig durch politische Aufklärungsarbeit zu beackern, die jetzt gewonnen worden sind, nein, der Reichsverband wird auch sein Ziel dahin erweitern müssen, in den Hochburgen der Sozialdemokratie, die auch jetzt wieder schon im ersten Wahlgange die rote Fahne gehißt haben, die staatsfeindlichen Bevölkerungskreise zu sammeln, die Schwankenden aufzuklären, die Launen zu befeuern, den Mutigen Hilfe und Schutz zu gewähren. Die wackeren Scharen, die bei den Wahlen im

Jahre 1907 sich um das Banner des Reichsverbandes gesammelt haben, sie ziehen, Begeisterung und Opfermut im Herzen, zu neuem Kampfe aus, zu neuen Siegen, unter dem Feldgeschrei: „Gegen die Sozialdemokratie und ihre Helfershelfer, ganz gleich, in welchem Lager sie sich befinden!“

— Die Sozialdemokratie hat, worauf die „Nordd. Allg. Ztg.“ hinweist, eine ganz ungewöhnliche Niederlage bei den Stichwahlen insofern erlitten, als sie in 11 Wahlkreisen erheblich weniger Stimmen erhielt als in der Hauptwahl.

— München, 12. Februar. Mehrere Abendblätter melden, daß in den letzten Tagen hier Vorbereitungen stattgefunden haben behufs Gründung einer konservativen Partei bzw. eines rechten Flügels der Zentrumspartei aus den Reihen des Zentrums heraus.

— Rußland. Petersburg, 12. Februar. In der Wohnung des Grafen Witte wurde gestern abend, wie die Nowoje Wremja meldet, in einem Ofenrohr eine Höllenmaschine entdeckt, die so eingestekt war, daß sie heute früh zur Explosion kommen sollte.

— Petersburg, 12. Februar. Die Auffindung der Höllenmaschine in der Wohnung des Grafen Witte erfolgte gestern abend 11 Uhr, und zwar in dem Ofen eines der Zimmer, die früher die Tochter des Grafen bewohnt hatte, die jetzt aber von niemand bewohnt werden. Die hölzerne Riste, in welcher die Maschine sich befand, war mit weißer Leinwand überzogen. Zum Füllen der Bombe hatte ein sehr schwacher Explosivstoff gedient. Der Annahme, daß die Riste durch den Schornstein in den Ofen hinabgelassen worden sei, widerspricht die Tatsache, daß die weiße Leinwand, mit der die Riste überzogen war, nicht beschmutzt war. Heute fanden Schornsteinfeger in einem anderen Schornstein eine Schnur. Es wurde zur Polizei geschickt, die im Ofen in dem Zimmer einer Dienerin eine zweite Höllenmaschine von derselben Konstruktion fand wie die gestern aufgefundenen. Während das Uhrwerk der gestern aufgefundenen Bombe auf 5 1/2 Uhr gestellt war, war das der heute aufgefundenen auf 8 Uhr gestellt. Auch die Leinwand, mit welcher diese Höllenmaschine, wie die erste, bezogen war, hatte keine Flecke.

— Holland. Haag, 12. Februar. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärt der Ministerpräsident de Meester, daß infolge Ablehnung des Kriegsbudgets durch die Erste Kammer die Minister sich veranlaßt gesehen haben, der Königin ihr Entlassungsgesuch zu unterbreiten. Die Sitzung der Kammer wird hierauf auf Antrag des Ministeriums auf unbestimmte Zeit vertagt.

— Amerika. Der amerikanisch-japanische Konflikt scheint nunmehr vollständig beigelegt zu sein. Die Verhandlungen zwischen dem Präsidenten Roosevelt und den kaiserialen Kongreßmitgliedern über den japanischen Schiffsverkehr haben, wie amtlich festgestellt wird, zu vollauf befriedigenden Ergebnissen geführt.

— New-York, 12. Februar. Zwischen Bland Island und Rhodesland ist der Dampfer „Larchmont“ mit einem Schoner zusammengestoßen und gesunken. Man hegt die Befürchtung, daß von den 150 Passagieren, die der Dampfer an Bord hatte, viele ertrunken sind. 14 Leichen sind bereits ans Ufer geschwemmt worden.

— China. Nach einer Meldung aus Schanghai soll eine moderne chinesische Flotte von vier Geschwadern geschaffen werden, für die nachstehende Punkte in Aussicht genommen sind: 1. Im Gelben Meere die Insel Choochan in der Miautau-Gruppe; 2. im Golf von Betschili Yangchang in der gleichnamigen Bucht an der Schantungküste in der Nähe von Weihaiwei; 3. im Chusanarchipel die Insel Tsiangshan und 4. im Südchinesischen Meer Pakhoi. In Tientsin soll